

Corona und die globalen Nachhaltigkeitsziele: Die Krise ist noch nicht vorbei

von Jens Martens, Global Policy Forum

Im Herbst 2021 scheinen die schlimmsten Folgen der COVID-19-Pandemie überstanden zu sein. Weltweit hat die Zahl der verabreichten Impfdosen die Schwelle von 7 Milliarden überschritten. Die Lockdown-Maßnahmen, die über Monate Wirtschaft und Gesellschaft in vielen Ländern gelähmt hatten, wurden vielerorts gelockert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert, dass die Weltwirtschaft 2021 um durchschnittlich 6,0 Prozent wächst, nachdem sie 2020 um 3,2 Prozent geschrumpft war.



Aber der Schein trügt. Die Corona-Krise mit ihren verheerenden sozio-ökonomischen Folgen ist noch lange nicht überwunden. Viele Länder erlebten im dritten Quartal 2021 (erneut) einen dramatischen Anstieg der Infektionszahlen. Gerade Länder in Asien und Afrika, die von COVID-19 bislang eher verschont geblieben waren, trifft die neue Welle der Pandemie mit voller Wucht. Das gilt in Asien beispielsweise für Indonesien, Malaysia, Thailand und Vietnam. In Afrika erlebten Mitte 2021 zum Beispiel Botswana, Mosambik und Simbabwe einen massiven Anstieg der Infektionszahlen.

Die neue Welle der Pandemie trifft damit nun vor allem Länder, die ohnehin nur über geschwächte öffentliche Gesundheitssysteme verfügen und die im brutalen Wettlauf um Corona-Impfstoffe gegenüber den reichen Ländern bislang den Kürzeren gezogen haben. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus hatte vor diesem Hintergrund bereits im Januar 2021 gewarnt:

„Die Welt steht am Rande eines katastrophalen moralischen Versagens – und der Preis für dieses Versagen wird in den ärmsten Ländern der Welt mit Leben und Existenzgrundlagen bezahlt werden. Auch wenn sie von gerechtem Zugang sprechen, präferieren einige Länder und Unternehmen weiterhin bilaterale Abkommen, umgehen COVAX, treiben die Preise in die Höhe und versuchen, sich an die Spitze der Warteschlange zu setzen. Das ist falsch.“

Die ungleiche Verteilung von Impfstoffen ist ein besonders eklatantes Beispiel für die Auswirkungen der „enormen Unterschiede der Chancen, des Reichtums und der Macht“, die die Regierungen bereits in der Agenda 2030 als „immense Herausforderung für nachhaltige Entwicklung“ bezeichnet haben. Ohne die Überwindung dieser Disparitäten wird weder die COVID-19-Pandemie dauerhaft bewältigt noch werden die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, die SDGs, verwirklicht.

SDG-Berichte der UN zeichnen düsteres Bild

„Die aktuelle Krise bedroht jahrzehntelange Entwicklungserfolge, verzögert den dringenden Übergang zu einer grüneren, inklusiveren Wirtschaft weiter und wirft die Fortschritte bei den SDGs noch mehr aus der Bahn.“ Mit diesen Worten leitete UN-Generalsekretär

António Guterres den SDG-Bericht 2021 der UN ein.

Die Berichte beschreiben die weltweiten Trends bei allen 17 SDGs. So ist die Zahl der Menschen in extremer Armut allein 2020 um etwa 120 Millionen gestiegen, die Zahl der Hungernden sogar um 161 Millionen. 255 Millionen Vollzeitjobs gingen 2020 weltweit infolge der Coronakrise verloren. Das waren viermal so viele wie bei der letzten Weltwirtschaftskrise 2007-2009. Noch schwerer traf es die Beschäftigten im informellen Sektor: Etwa 75 Prozent (1,6 Milliarden Menschen) waren von den Lockdown-Maßnahmen infolge der Pandemie betroffen.

Der SDG-Report der UN konstatiert zwar, dass die COVID-19-Pandemie zu einem vorübergehenden Rückgang der CO₂-Emissionen führte. Bis zum Jahresende waren die Effekte aber wieder verpufft und im Dezember 2020 waren die Emissionen um 2 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Bericht warnt:

„Während sich die Welt von der Pandemie erholt,





werden die Emissionen weiter ansteigen, wenn nicht entscheidende Schritte unternommen werden, um die Volkswirtschaften auf Kohlenstoffneutralität umzustellen.“

Building back better?

Regierungen haben weltweit mit beispielloser Intensität auf die COVID-19-Pandemie reagiert. In zahllosen Erklärungen haben sie bekräftigt, dass eine Rückkehr zum business as usual nach der Krise keine Option sei. Stattdessen ist der Aufruf der UNO building back better zu einem Leitmotiv der internationalen Reaktionen auf die COVID-19-Krise geworden. Aber führt building back wirklich zu dem dringend notwendigen strukturellen Wandel?

In der ersten Phase enthielten viele der COVID-19-Notfallprogramme soziale Komponenten, die (mehr oder weniger gezielt) darauf gerichtet waren, Unterstützung für bedürftige Familien zu leisten, Arbeitslosigkeit zu verhindern und kleine Betriebe finanziell am Leben zu erhalten. Doch abgesehen davon, dass selbst diese insgesamt riesigen Geldsummen den weltweiten Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut und Unter-

nehmenskonkursen nicht verhindern konnten, droht die Wirkung der Ad-hoc-Maßnahmen schnell zu verfliegen, wenn die Unterstützung ausläuft. Die soziale Katastrophe kommt dann lediglich mit Verzögerung. Darüber hinaus spielten ökologische Ziele in der ersten Phase der COVID-19-Reaktionen kaum eine Rolle. Die meisten wirtschaftlichen Hilfspakete waren ökologisch blind und ignorierten die strukturellen Ursachen und Interdependenzen von Gesundheits-, Wirtschafts- und Klimakrise.

Umso wichtiger ist es, dass jetzt die längerfristigen Konjunkturpakete und Aufbauprogramme nicht allein auf die wirtschaftliche Erholung abzielen, sondern vielmehr die notwendigen systemischen Veränderungen fördern. Richtig konzipiert, böten sie die Chance, zu Motoren der sozial-ökologischen Transformation zu werden, wie sie in der Agenda 2030 proklamiert wird.

Eine 8-Punkte-Agenda für den strukturellen Wandel

Als Antwort auf die COVID-19-Krise startete das Weltwirtschaftsforum die Initiative eines „Great Reset“ des Kapitalismus. Aber wenn

man die Reset-Taste drückt, wird das Spiel einfach neu gestartet, ohne die Spielregeln – oder gar das Spiel selbst – zu ändern. Die Reset-Taste löscht den Speicher und startet das (alte) System neu, ein System, das die aktuellen Krisen eher verursacht als verhindert hat.

Zivilgesellschaftliche Organisationen haben in dem Bericht Spotlight on Sustainable Development 2020 (<https://www.2030spotlight.org/en>) als Alternative zum „Great Reset“ des Weltwirtschaftsforums eine 8-Punkte-Agenda für den strukturellen Wandel vorgeschlagen. Die acht Punkte stellen kein umfassendes Reformprogramm dar. Vielmehr illustrieren sie kurz und bündig acht Themenbereiche, in denen nicht nur Politik- und Governance-Reformen, sondern auch Veränderungen in den zugrunde liegenden Narrativen überfällig sind. Dabei geht es unter anderem darum, Fürsorge- und Pflegearbeit aufzuwerten, öffentliche Güter und Dienste zu stärken, die weltweiten Wertschöpfungsketten neu auszutarieren und die globalen Finanzflüsse effektiver als bisher zu regulieren.

Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte müssen letztlich integrale Bestandteile aller Aufbauprogramme zur Bewältigung der Coronakrise bilden. Viele Länder des globalen Südens können sich derartige Programme aber kaum leisten. Sie benötigen dringend Schuldenerlassungen und zusätzliche Entwicklungsgelder, um zumindest die gravierendsten Folgen der gegenwärtigen Krisen zu kompensieren. Dies ist auch unerlässlich, um die Agenda 2030 vor dem Scheitern bzw. ihrer politischen Bedeutungslosigkeit zu bewahren.

